



Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 27/2021

8. Juli 2021

Inhaltsverzeichnis

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Kommunalen Zweckverbandes
des Stadtbeleuchtung über den Beschluss zur Fest-
stellung des Jahresabschlusses 2019 vom 21. Juni
2021 A 382

Bekanntmachung des Kulturraumes Vogtland-Zwi-
ckau über die Nachtragssatzung für das Haushalts-
jahr 2021 vom 17. Juni 2021 A 383

Bekanntmachung des Zweckverbandes „Fernwas-
serversorgung Sdier“ über die Beschlüsse der Ver-
bandsversammlung vom 17. Juni 2021 A 385

Bekanntmachung des Zweckverbandes „Fernwas-
serversorgung Sdier“ über den Beschluss zur Fest-
stellung des Jahresabschlusses 2020 vom 17. Juni
2021 A 385

Gerichte

Aufgebotsverfahren..... A 388

Zivilgericht..... A 390

Stellenausschreibungen

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung

des Kommunalen Zweckverbandes Stadtbeleuchtung

über den Beschluss zur Feststellung des Jahresabschlusses 2019

Vom 21. Juni 2021

Gemäß § 58 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) in Verbindung mit § 88c der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, hat der Kommunale Zweckverband Stadtbeleuchtung in seiner Sitzung am 18. Juni 2021 den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 mit der Bilanzsumme von 806 321,03 Euro festgestellt.

Der Jahresabschluss 2019 mit Anhang und Rechenschaftsbericht wird nach § 88c Absatz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung öffentlich ausgelegt oder auf Nachfrage elektronisch zur Verfügung gestellt. Er kann in der Geschäftsstelle des Kommunalen Zweckverbandes Stadtbeleuchtung, Platanenstraße 23 in 09356 St. Egidien – Gewerbegebiet „Am Auersberg/Achat“ zu den Geschäftszeiten von

Montag bis Freitag von 8:00 bis 14:00 Uhr

eingesehen werden.

St. Egidien, den 21. Juni 2021

Kommunaler Zweckverband Stadtbeleuchtung
Röthig
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Kulturraumes Vogtland-Zwickau über die Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2021

Vom 17. Juni 2021

Aufgrund von § 77 der Sächsischen Gemeindeordnung, in der jeweils geltenden Fassung, hat der Kulturkonvent in der Sitzung am 14. Juni 2021 folgende Nachtragssatzung beschlossen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 werden die für die Erfüllung der Aufgaben des Kulturraumes voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen wie folgt festgesetzt:

	bisher fest- gesetzte (Gesamt-) Beträge von	Erhöhung um	Verminderung um	Damit werden die (Gesamt-) Beträge des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge festgesetzt auf
Ergebnishaushalt				
– ordentliche Erträge	20.548.764 EUR	869.555 EUR		21.418.319 EUR
– ordentliche Aufwendungen	20.998.194 EUR	78.475 EUR		21.076.669 EUR
– Saldo der ordentlichen Erträge und Aufwendungen (ordentlichen Ergebnis)	–449.430 EUR			341.650 EUR
– außerordentliche Erträge				
– außerordentliche Aufwendungen				
– Saldo der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen (Sonderergebnis)				
– Gesamtergebnis	–449.430 EUR			341.650 EUR
– veranschlagte Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren				
– veranschlagte Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren				
– Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO				
– Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO				
– veranschlagtes Gesamtergebnis	–449.430 EUR			341.650 EUR
Finanzhaushalt				
– Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	20.548.764 EUR	869.555 EUR		21.418.319 EUR
– Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	20.997.694 EUR	78.475 EUR		21.076.169 EUR
– Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf	–448.930 EUR			342.150 EUR
– Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
– Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
– Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
– Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag	–448.930 EUR			342.150 EUR
– Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
– Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
– Änderung des Finanzmittelbedarfs				
– Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr	–448.930 EUR			342.150 EUR

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Kassenkredite werden nicht veranschlagt.

§ 5

Der Hebesatz zur Deckung der Ausgaben (Kulturumlage) wird wie folgt neu festgesetzt:

von bisher	0,864660998 vom Hundert
auf	0,905691422 vom Hundert

Die vom Kulturraum von seinen Mitgliedern zu erhebende Kulturumlage wird
von 6.692.163 Euro erhöht auf 6.901.415 EUR

Zwickau, den 17. Juni 2021

Kulturraum Vogtland-Zwickau
Dr. Christoph Scheurer
Vorsitzender des Kulturkonventes

Der Nachtragshaushalt für das Jahr 2021 wird vom 12. Juli 2021 bis zum 20. Juli 2021 im Sekretariat des Kulturraumes Vogtland-Zwickau, Reichenbacher Straße 34, 08527 Plauen zur kostenlosen Einsicht durch jedermann nieder-

gelegt (Sprechzeiten Mo/Mi/Fr 8–12 Uhr, Di/Do 8–17 Uhr) beziehungsweise auf Nachfrage elektronisch zur Verfügung gestellt.

Bekanntmachung des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“ über die Beschlüsse der Verbandsversammlung

Vom 17. Juni 2021

In dem öffentlichen Teil der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“ am 7. Juni 2021 wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Beschluss 01/61/21 Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2020

Beschluss 02/61/21 Entlastung des Verbandsvorsitzenden und des Geschäftsführers für das Wirtschaftsjahr 2020

Beschluss 03/61/21 Bestellung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zur Durchführung der überörtlichen Prüfung 2021

Die Einsichtnahme der Beschlüsse der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“ am 7. Juni 2021 ist in der Zeit vom 12. Juli bis zum 20. Juli 2021 von 6:30 bis 15:15 Uhr in den Räumen der Verwaltung des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“, Wasserwerkstraße 33, 02694 Großdubrau, OT Sdier durch jedermann möglich.

Großdubrau, den 17. Juni 2021

Zweckverband „Fernwasserversorgung Sdier“
Wolf
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“ über den Beschluss zur Feststellung des Jahresabschlusses 2020

Vom 17. Juni 2021

In seiner öffentlichen Sitzung am 7. Juni 2021 hat der Zweckverband „Fernwasserversorgung Sdier“ den Jahresabschluss 2020 festgestellt.

Gemäß § 34 Absatz 2 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung vom 16. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 941), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 21. August 2018 (SächsGVBl. S. 593) geändert worden ist, wird hiermit der Beschluss zur Feststellung des Jahresabschlusses bekanntgegeben.

Beschluss 01/61/21

Die Verbandsversammlung beschließt:

Der Jahresabschluss 2020 des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“ wird mit den nachfolgenden Angaben zur Feststellung des Jahresabschlusses und zur Verwendung des Jahresergebnisses festgestellt.

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2020	€
1.1. Bilanzsumme	14.699.167,50
1.1.1. davon entfallen auf der Aktivseite auf	
– das Anlagevermögen	10.872.692,87

– das Umlaufvermögen	3.821.857,06
– die Rechnungsabgrenzungsposten	4.617,57

1.1.2. davon entfallen auf der Passivseite auf	
– das Eigenkapital	14.350.674,06
– die Sonderposten für Investitionszuschüsse	104.164,95
– die Rückstellungen	110.287,95
– die Verbindlichkeiten	134.040,54
– die Rechnungsabgrenzungsposten	0,00

1.2. Jahresgewinn	188.181,94
--------------------------	-------------------

1.2.1. Summe der Erträge	3.111.703,68
---------------------------------	---------------------

1.2.2. Summe der Aufwendungen	2.923.521,74
--------------------------------------	---------------------

2. Verwendung des Jahresergebnisses	
--	--

2.1. bei einem Jahresgewinn:	
-------------------------------------	--

a) Vortrag auf neue Rechnung Jahresgewinn 2020	188.181,94
--	------------

Beschluss 02/61/21**Die Verbandsversammlung beschließt:**

Der Verbandsvorsitzende, Herr Norbert Wolf, sowie der Geschäftsführer, Herr Volker Bartko, werden für das Wirtschaftsjahr 2020 entlastet.

Prüfungsvermerk des Abschlussprüfers:**Bestätigungsvermerk**

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 7. April 2021 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wie folgt erteilt:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Zweckverband Fernwasserversorgung Sdier, Bautzen

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Zweckverbands „Fernwasserversorgung Sdier“, Bautzen, – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Zweckverbands Fernwasserversorgung Sdier für das Wirtschaftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Sachsen (Sächsische Eigenbetriebsverordnung i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften) und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes zum 31.12.2020 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Sachsen (Sächsische Eigenbetriebsverordnung i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften) und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Ab-

schlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Zweckverband unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung i.V.m. der einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – fal-

schen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentlich falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lagebericht getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Zweckverbandes abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der

erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbands zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Zweckverband seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbandes.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Öffentliche Auslegung:

Der Jahresabschluss 2020 und der Lagebericht liegen zur Einsichtnahme in der Zeit vom 12. Juli bis 20. Juli 2021 von 6:30 bis 15:15 Uhr in den Räumen der Verwaltung des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“, Wasserwerkstraße 33, 02694 Großdubrau, OT Sdier öffentlich aus.

Großdubrau, den 17. Juni 2021

Zweckverband „Fernwasserversorgung Sdier“
Wolf
Verbandsvorsitzender

Gerichte

Aufgebotsverfahren

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 21/21

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 16. Juni 2021 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Herr Wilfried Schmieder, Chemnitzer Straße 40, 08393 Meerane hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE52 8705 0000 4400 1894 36, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Wilfried Schmieder, wohnhaft Chemnitzer Straße 40, 08393 Meerane, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 16. September 2021 seine Rechte schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Das Aufgebot wird hiermit öffentlich zugestellt und kann eingesehen werden in der Geschäftsstelle des Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz. Die öffentliche Zustellung setzt Fristen in Gang, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 22. Juni 2021

Amtsgericht Chemnitz
Pfaff
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 23/21

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 23. Juni 2021 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Herr Gunter Baumgart, Breitenlehn 31 D, 09127 Chemnitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE73 8705 0000 3100 2903 12, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Gunter Baumgart, wohnhaft Breitenlehn 31 D, 09127 Chemnitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 24. September 2021 seine Rechte schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Das Aufgebot wird hiermit öffentlich zugestellt und kann eingesehen werden in der Geschäftsstelle des Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz. Die öffentliche Zustellung setzt Fristen in Gang, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 24. Juni 2021

Amtsgericht Chemnitz
Pfaff
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 24/21

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 23. Juni 2021 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Frau Gisela Martina Ziegler, Hermann-Löns-Straße 86, 09114 Chemnitz, Herr Peter Wolfgang Fenske, Dr.-Wilhelm-Külz-Straße 25, 18435 Stralsund und Herr Jürgen Udo Fenske, Clausewitzstraße 1, 09130 Chemnitz haben das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE64 8709 6214 3600 0484 21, ausgestellt von der Volksbank Chemnitz, Innere Klosterstraße 11, 09111 Chem-

nitz auf den Namen Bruno Fenske, zuletzt wohnhaft Kanzlerstraße 35, 09112 Chemnitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 15. September 2021 seine Rechte schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Das Aufgebot wird hiermit öffentlich zugestellt und kann eingesehen werden in der Geschäftsstelle des Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz. Die öffentliche Zustellung setzt Fristen in Gang, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 24. Juni 2021

Amtsgericht Chemnitz
Mietzner
Rechtspflegerin

Zivilgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal **Aktenzeichen: 4 C 161/21**

In Sachen DARE GmbH ./I. DYWAG Projekt- und Wohnungsbauverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG wg. Vergütungsforderung wird an die DYWAG Projekt- und Wohnungsbauverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Lungwitzer Straße 21, 09337 Hohenstein-Ernstthal hiermit das Versäumnisurteil des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal vom 17. Juni 2021 nach §§ 185, 186 der Zivilprozessordnung

öffentlich zugestellt. Das genannte Schriftstück kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 133 eingesehen werden. Mit diesem Aushang werden die Schriftstücke öffentlich zugestellt. Es können damit Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Hohenstein-Ernstthal, den 17. Juni 2021

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Fries
Richter am Amtsgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal **Aktenzeichen: 4 C 137/21**

In Sachen Westsächsische Abwasserentsorgungs- & Dienstleistungsgesellschaft mbH ./I. Brandau, E. wg. Forderung wird an Eike Brandau, Bahnhofstraße 16, 04683 Naunhof hiermit das Endurteil des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal vom 21. Juni 2021 nach §§ 185, 186 der Zivilprozessordnung öffentlich zugestellt. Das genannte

Schriftstück kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 133 eingesehen werden. Mit diesem Aushang werden die Schriftstücke öffentlich zugestellt. Es können damit Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Hohenstein-Ernstthal, den 21. Juni 2021

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Fries
Richter am Amtsgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal **Aktenzeichen: 4 C 129/21**

In Sachen Städtische Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Meerane mbH./I. Felsner, J. wg. Forderung aus ehemaligem Mietvertrag wird an Julia Felsner hiermit das Versäumnisurteil des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal vom 24. Juni 2021 nach §§ 185, 186 der Zivilprozessordnung öffentlich zugestellt. Das genannte Schriftstück kann in der

Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 133 eingesehen werden. Mit diesem Aushang wird das Schriftstück öffentlich zugestellt. Es können damit Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Hohenstein-Ernstthal, den 24. Juni 2021

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Fries
Richter am Amtsgericht

Stellenausschreibungen

Die **Stadtverwaltung Reichenbach im Vogtland** beabsichtigt, eine Stelle des

**Bundesfreiwilligendienstes
im Bereich Kinder, Jugend und Soziales**

neu zu besetzen.

Die Stelle soll frühestens ab **1. September 2021** besetzt werden und ist auf einen Zeitraum von 12 Monaten begrenzt. (Der Besetzungstermin ist abhängig von der Kontingentvergabe des zuständigen Bundesamtes).

Aufgabenschwerpunkte:

- Betreuung der Clubbesucher sowie Unterstützung des pädagogischen Personals
- Durchführung von Hausmeistertätigkeiten (Garten- beziehungsweise Transporttätigkeiten)
- Fahrdienste

Wir bieten:

- ein interessantes Aufgabengebiet sowie eine abwechslungsreiche, verantwortungsvolle Tätigkeit
- ein monatliches Taschengeld in Höhe von 350,00 Euro sowie eine Verpflegungspauschale von 170,00 Euro (sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis)
- Vollzeitbeschäftigung, Arbeitszeit vorrangig am Nachmittag (zusätzliche Einsätze sind am Wochenende möglich)
- Weiterbildungsmöglichkeiten im Rahmen der Vorgaben des zuständigen Bundesamtes

Die Bewerber/innen sollten folgendes Anforderungsprofil haben:

- Eigeninitiative bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Teamfähigkeit
- Organisationstalent, Belastbarkeit und Einsatzbereitschaft

- Computerkenntnisse werden vorausgesetzt
- Handwerkliche Begabung
- PKW-Führerschein

Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben unterscheidet im Bundesfreiwilligendienst die Altersgruppen **Unter 27** und **Über 27**. Die Vergabe eines Freiwilligenplatzes ist abhängig von der Altersfreigabe des Bundesamtes.

Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei gleicher fachlicher und persönlicher Eignung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bevorzugt berücksichtigt. Ein entsprechender Nachweis über das Vorliegen einer Schwerbehinderung beziehungsweise Gleichstellung ist bitte in Kopie beizufügen.

Bewerbungen richten Sie bitte mit tabellarischem Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Qualifizierungsnachweisen, Arbeitszeugnissen und Beurteilungen bis zum 1. August 2021 an:

**Stadtverwaltung Reichenbach im Vogtland, Stabsstelle, Abt. Hauptverwaltung/Personalwesen, Markt 1, 08468 Reichenbach im Vogtland,
E-Mail: personalwesen@reichenbach-vogtland.de**

Weiterhin ist der Antrag auf ein erweitertes Führungszeugnis nach § 30a Absatz 1 Nummer 2 des Bundeszentralregistergesetzes als Belegart OE von Ihnen bei Ihrer Meldebehörde zu stellen. Bei Antragstellung ist diese Stellenausschreibung der Meldebehörde vorzulegen. Das Führungszeugnis wird direkt an die Stadtverwaltung Reichenbach versendet und ist Grundvoraussetzung für eine eventuelle Einstellung. Als Beantragungsnachweis ist die Quittung der Bewerbung beizufügen.

Wir möchten darauf hinweisen, dass wir als Einrichtung des öffentlichen Dienstes für die Teilnahme an Vorstellungsgesprächen keine Reisekosten erstatten können.

Beim **Staatlichen Rechnungsprüfungsamt Zwickau** ist eine Stelle als

**Prüfer (m/w/d)
der Laufbahngruppe 2, erste Einstiegsebene,
in der überörtlichen Kommunalprüfung**

unbefristet zu besetzen.

Das Staatliche Rechnungsprüfungsamt Zwickau prüft nach Weisung des Sächsischen Rechnungshofs insbesondere die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Gemeinden, Landkreise und Zweckverbände sowie anderer kommunaler Körperschaften im ehemaligen Direktionsbezirk Chemnitz mit Ausnahme der kommunalen Körperschaften in den Alt-Kreisen Döbeln und Mittweida.

Zu Ihrem Aufgabengebiet gehören insbesondere:

- Durchführung von Prüfungsverfahren, darunter Erarbeitung von Prüfungskonzepten, Durchführung von örtlichen Erhebungen, Niederschrift der Prüfungsergebnisse, Erörterung der Prüfungsergebnisse mit den geprüften Stellen und Auswertung von Stellungnahmen der geprüften Stellen sowie
- Mitarbeit an Jahresberichtsbeiträgen.

Ihr Profil:

Sie besitzen die Befähigung für die erste Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 in der Fachrichtung Allgemeine Verwaltung oder haben einen sonstigen rechts- oder verwaltungswissenschaftlichen Fachhochschulstudiengang erfolgreich mit einem Bachelor beziehungsweise Diplom abgeschlossen.

Sie sollten sich auch bewerben, wenn Sie ein betriebswirtschaftliches Studium an einer Fachhochschule oder Berufsakademie mit einem Bachelor oder diesem entsprechenden Diplomgrad erfolgreich abgeschlossen haben und über Kenntnisse des Verwaltungsrechts verfügen.

Von Vorteil sind insbesondere:

- Kenntnisse im kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen sowie im Kommunalrecht und
- berufliche Erfahrung in der Rechnungsprüfung oder in der Kommunalwirtschaft.

Die Wahrnehmung der Aufgaben von Prüferinnen und Prüfern erfordern ein hohes Maß an Selbstständigkeit, Belastbarkeit, Kommunikations- und Teamfähigkeit sowie analytischen Fähigkeiten. Darüber hinaus ist die Prüfungstätigkeit durch Außendienst geprägt, was besondere Anforderungen an Einsatzbereitschaft und Flexibilität stellt. Der Besitz eines Führerscheins der Klasse B sowie eines eigenen Kraftfahrzeuges werden vorausgesetzt.

Wir bieten:

- ein abwechslungsreiches und interessantes Tätigkeitsfeld,
- bedarfsorientierte Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten,
- flexible und familienfreundliche Arbeitszeiten,
- die Möglichkeit zur Heimarbeit nach mindestens einjähriger Beschäftigungsdauer,

- eine strukturierte Einarbeitung,
- ein betriebliches Gesundheitsmanagement mit Angeboten zur Gesundheitsförderung,
- ein Job-Ticket der Deutschen Bahn beziehungsweise des jeweiligen Verkehrsverbundes im Freistaat Sachsen sowie
- eine attraktive Vergütung: Die Eingruppierung erfolgt in Entgeltgruppe 11 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Bei Vorliegen der Voraussetzungen besteht die Möglichkeit der Verbeamtung. Bewerbungen von Beamtinnen und Beamten sind bis Besoldungsgruppe A 12 möglich. Die Dienstposten bieten Entwicklungsmöglichkeiten bis Besoldungsgruppe A 13 (Laufbahngruppe 2, erste Einstiegsebene).

Die Stelle ist in Vollzeit zu besetzen. Sofern dienstliche beziehungsweise betriebliche Gründe nicht entgegenstehen, besteht die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit.

Schwerbehinderte Menschen beziehungsweise ihnen gleichgestellte Bewerberinnen und Bewerber, die oben genannte Voraussetzungen erfüllen, werden ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben. Der Bewerbung ist ein Nachweis der Schwerbehinderung beziehungsweise Gleichstellung beizufügen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Sie mit Ihrer Bewerbung gleichzeitig Ihr Einverständnis zur elektronischen Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten für Zwecke des Auswahlverfahrens bis zum Abschluss des Bewerbungsverfahrens erteilen. Das schließt auch die Weitergabe der personenbezogenen Daten auf Grundlage der Beteiligungsrechte an die jeweils zuständige Personalvertretung, Frauenbeauftragte und ggf. die Schwerbehindertenvertretung ein. Nach der Datenschutzgrundverordnung steht Ihnen ein Recht auf Auskunft über Ihre personenbezogenen Daten, auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung zu.

Soweit Sie die vorgenannten Voraussetzungen erfüllen, bitten wir Sie um Zusendung Ihrer aussagekräftigen schriftlichen Bewerbungsunterlagen (unter anderem tabellarischer Lebenslauf, Studienabschlusszeugnisse, Arbeitszeugnisse/dienstliche Beurteilungen) unter der Kennnummer **05/21/Z-Pr** bis zum 30. Juli 2021 an den

**Sächsischen Rechnungshof
Referat ZA 2
Schongauerstraße 3
04328 Leipzig**

Bewerberinnen und Bewerber, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, werden zusätzlich gebeten, ihre Zustimmung zur Einsichtnahme in die Personalakte zu erteilen.

Als Ansprechpartner steht Ihnen Frau Kaczmarek, Telefon 0341/35 25 19 23, zur Verfügung.

Ihre Bewerbung können Sie auch per E-Mail an poststelle@srh.sachsen.de senden. Dabei bitten wir Anlagen in einer PDF-Datei mit einer Größe von maximal 10 MB zusammengefasst zu übersenden. Informationen zur Übermittlung von elektronisch signierten sowie verschlüsselten elektronischen Dokumenten erhalten Sie unter www.rechnungshof.sachsen.de/kontakt.html.